

Leitartikel

Vorsicht Baustelle im Euregio-Büro

Eigentlich bräuchte die Euregio in Brüssel eine starke Vertretung und ein gut vernetztes Büro. Doch das Gegenteil ist der Fall, das Tirol-Büro dümpelt so dahin. Dass in Immobilien statt in Know-how für Lobbying investiert wird, spricht Bände.

Von Peter Nindler

Das gemeinsame Büro der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino in Brüssel ist eine Dauer-Baustelle. In mehrfacher Hinsicht. Offenbar wurde in den vergangenen Jahren mehr in den millionenschweren Ankauf von Nachbargebäuden hineingesteckt als in die inhaltliche Weiterentwicklung der Tiroler „EU-Botschaft“. Darüber hinaus erweisen sich die stets als Schnäppchen angepriesenen Immobilieninvestitionen nachträglich als Flop. Impulse gehen vom Euregio-Büro hingegen schon seit ewigen Zeiten keine mehr aus. So vermisst der Landesrechnungshof eine klare Priorisierung der Aufgaben, die Ziele für die jeweiligen Aufgaben sind weder qualitativ noch quantitativ definiert.

Für die jahrelangen Versäumnisse kann allerdings nicht der aktuelle und überaus engagierte interimistische Büro-Chef Simon Lochmann verantwortlich gemacht werden, sondern der Ende 2019 suspendierte ehemalige Leiter Richard Seeber. Aber auch nicht er alleine. Es war wohl parteipolitisches Kalkül, dass der brave ÖVP-Parteigänger Seeber 2004 mit dem Segen des damaligen Landeshauptmanns Herwig van Staa ins Europaparlament wechseln konnte. Damit begannen allerdings die Kalamitäten im Euregio-Büro mit wechselnden Verantwortlichen, immer größer werdenden strukturellen Defiziten und letztlich Stillstand.

2014 kehrte Seeber zurück ins Tirol-Büro, doch van Staas Nachfolger Günther Platter (ÖVP) hatte nicht den Mut für einen

Neustart. Das Büro dümpelte halt weiter so dahin, Seeber konnte keine Akzente mehr setzen, zugleich wurden jedoch die Reibungsflächen zwischen Tirol und der EU immer größer. Stichworte Transit oder europäische Natura-2000-Schutzgebiete. Jetzt kommen noch die Problemwölfe hinzu.

Man wird das Gefühl nicht los, dass Tirol in den zentralen europäischen Konfliktthemen immer hinten nachhinkt. Das Lobbying in der EU-Hauptstadt funktioniert mehr schlecht als recht, die notwendige Vernetzung fehlt. Dabei war die schwarz-grüne Landesregierung noch „Hans im Glück“, denn Platter hatte einen ausgesprochen guten Draht zum ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Das half zwar – aber nicht immer.

Im Gegensatz dazu halten Umweltorganisationen und NGOs der Landesregierung den Spiegel vor. Ihr internationales Netzwerk reicht bis hinein in die Generaldirektionen der EU-Kommission, ihr Informationsvorsprung lässt die Politik alt aussehen. Noch-Euregio-Präsident Günther Platter muss deshalb rasch umdenken. Das Euregio-Büro in Brüssel benötigt weniger Beton und Nutzfläche, dafür mehr Know-how für Lobbying und endlich einen echten Euregio-Botschafter.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com



Kommentar

Dissens zum Transit-Konsens

Von Manfred Mitterwachauer

Fakt 1: Tirol wird sein Transitproblem nicht ohne die EU lösen. Fakt 2: Ein entlastendes (Lärm-)Paket für das Nadelöhr zum Brenner – das Wipptal – ist nicht erst seit gestern überfällig. Fakt 3: Die Gemeinde Gries rennt seit 2019 mit ihrer Forderung nach einem Lueg-Tunnel auf der A13 gegen eine Betonwand namens Asfinag. Vom Großen bis ins Kleine hält der durchziehende Verkehr die Bevölkerung im Land in Geiselhaft. Anstatt aber die Reihen geschlossen zu halten, um das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren, üben sich die hiesig Gewählten munter im parteipolitischen Klein-Klein-Geplänkel.

Es dauerte gestern nur wenige Stunden, bis der von den Grünen für das Wipptal vorgestellte „Fünf-Punkte-Plan“ von der Konkurrenz medienöffentlich zerrissen wurde. Während Planungsverbandsobmann Alfons Rastner (VP) dem Junior-Koalitionspartner schlicht „Parteigehorsam“ (wegen des Lueg-Streits) unter die Nase rieb, orteten die NEOS gar ein plumpes Plagiat und monierten beleidigt die grüne „Scheinheiligkeit“. Freilich kam all das nicht von ungefähr. Wer, wie die Grünen, den VP-Bürgermeistern frech ein spätes Aufwachen in der Wipptaler Transitproblematik unter die Nase reibt und auch den Pro-Tunnel-Schwenk von LH Platter (zumindest indirekt) in Zweifel zieht, braucht sich über das Echo nicht zu wundern.

Schritt für Schritt wird so aber ausgerechnet das am Altar der politischen Eitelkeiten geopfert, was Volkes Vertreter bis dato über alle Parteigrenzen hinweg eintrachte: der Konsens, Tirol gemeinsam von der Geißel Transitverkehr zu befreien.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 1, 4



manfred.mitterwachauer@tt.com

Frage des Tages (1151 Teilnehmer)

Eine internationale Studie zeigt, dass die freie Wahl des Impfstoffes, Gutscheine oder auch eine Lotterie zu einer Covid-Impfung motivieren können. Was halten Sie davon?

8 % Viel. Man sollte darauf reagieren und kleine Geschenke verteilen.

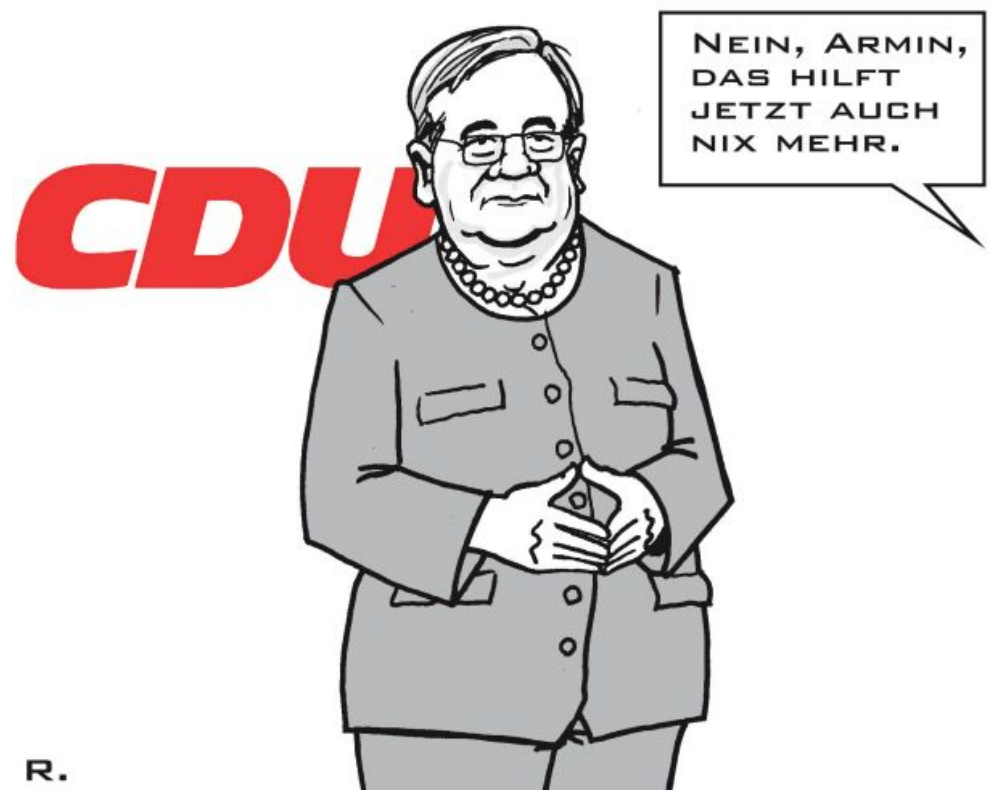
67 % Nichts. Impfen sollte man aus Überzeugung und nicht, weil es ein Gratis-Würstl gibt.

25 % Die Bundesregierung soll sagen, wie hoch die Immunisierung, also Impfquote plus Genesene, sein soll, damit alle Maßnahmen fallen können.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com

Tiroler Tageszeitung

Karikatur



Karikatur: Rachel Goldt. Foto: Reuters/Alessandro Bianchi

Kopf des Tages

Medienzar, Bunga-Bunga und große Ziele

Silvio Berlusconi
(italienischer Ex-Premier)

Einen großen Traum hat Silvio Berlusconi noch, es wäre die Krönung seiner Karriere: Er will italienischer Staatspräsident werden. Dass ausgerechnet der skandalumwitterte Berlusconi, der heute 85 Jahre alt wird, als Kandidat für das würdevollste politische Amt in Rom gehandelt wird, sorgt bei vielen für Kopfschütteln. Nach drei Jahrzehnten voll politischer Höhenflüge, krachender Abstürze und einem Justizskandal nach dem anderen ist bei Berlusconi aber eines sicher: Dem „Cavaliere“ ist alles zuzutrauen – weil er genau das selbst immer tat. „Ich bin der Jesus Christus der Politik“, hat er 2006 einmal gesagt.

„Berlusconismus“ – das politische Auftreten des Mailänders hat längst einen eigenen Namen. Mit einer populistischen Mischung aus Opportunismus, Machismo, aber auch einem Gespür für Stimmungen im Land und dem großen Einfluss seiner eigenen TV-Sender wurde der studierte Rechtswissenschaftler und frühere Entertainer auf Kreuzfahrtschiffen zur prägenden Figur der Politik in Rom in den Neunziger- und Nullerjahren. Viermal war er Regierungschef, insgesamt kam er dabei auf mehr als neun Jahre im Palazzo Chigi – so lange war kein anderer in der italienischen Republik seit 1946 Ministerpräsident. Nun schießt er auf den Quirinalspalast des Staatspräsidenten.

Und Berlusconi will immer noch die erste Geige spielen. Erst kürzlich war Berlusconi Starredner beim Gipfeltreffen der Europäischen Volkspartei in Rom. Dass es die Jahre unter ihm waren, die Italien im Rahmen der Finanzkrise fast in den Staatsbankrott trieben, wurde dabei verschwiegen. Und auch Berlusconi jahrelanger Dauerzwist mit den Gerichten blieb außen vor. Dabei hatte die schier endlose Justizsaga erst jüngst ein neues Kapitel bekommen, als der Parteichef seiner Forza Italia verkündete, einen Prozess gegen sich wegen Zeugenbestechung in Verbindung mit einem alten Verfahren um die legendären „Bunga-Bunga-Partys“ – Sexpartys mit vielen jungen Frauen – künftig zu boykottieren. (TT, dpa)



Analyse

Mindestens haltbar bis, nicht tödlich ab...

Von Anna Haselwanter

Insgesamt 521.000 Tonnen. Das sind 744.286 Kühe. Oder unglaubliche neun Milliarden und ein paar zerquetschte Millionen Semmeln. Das ist aber auch die Menge an genießbaren Lebensmitteln, die in Österreich jährlich im Müll landet. Zum heutigen Internationalen Tag der Lebensmittelverschwendung werden Zahlen aus Statistiken zitiert, die kaum noch zu begreifen sind.

2,5 Milliarden Tonnen genießbare Lebensmittel werden weltweit jährlich weggeworfen. Das heißt, rund 40 Prozent aller produzierten Lebensmittel landen in der Tonne statt am Teller. Die unnötige Verschwendung hat enorme Auswirkungen: auf das Portemonnaie, auf die Gesellschaft, auf die Natur und das Klima. Die Umweltorganisation WWF fordert deshalb einen verbindlichen Aktionsplan von der Bundesregierung, der zumindest eine Halbierung der vermeid-

baren Lebensmittelabfälle sowie eine Reduktion von Verlusten in der Landwirtschaft bis 2030 festlegt. Die Initiative „United Against Waste“ setzt sich seit 2014 für eine Reduktion von vermeidbaren Lebensmittelabfällen in Österreichs Küchenbetrieben ein. Dort werden jährlich nämlich genießbare Waren im Wert von 320 Millionen Euro entsorgt.

50 Prozent aller vermeidbaren Lebensmittelabfälle entstehen aber in privaten Haushalten. Laut WWF ist Zeitmangel dafür der häufigste Grund. Dahinter folgen der falsche Lagerplatz, fehlende Koch-Ideen, ein zu hoher Aufwand bei der Verarbeitung und Unsicherheiten bei einem überschrittenen Mindesthaltbarkeitsdatum.

Zwei Minuten aber dauert ein einfacher Test, um zu überprüfen, ob ein Produkt noch gut ist: „Schauen, riechen, kosten“ kann so manches Joghurt vor der Tonne retten. Denn das Datum auf der Verpackung heißt „mindestens haltbar bis“ und sicher nicht „tödlich ab“. Die unglaublichen Verluste, die weltweit durch Lebensmittelverschwendung entstehen, zu reduzieren, mag ein großes Anliegen sein. Doch es wird wohl – wie so vieles – vielleicht in kleinen Schritten gelingen.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 23

anna.haselwanter@tt.com

